

**Deborah Hartmann (Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz):
Nach dem 7. Oktober – Bedeutung und Folgen für die Erinnerung an den Holocaust in
Deutschland**

Vortrag im Rahmen von **#WeRemember: 79 Jahre nach Auschwitz**. Eine Veranstaltung des Friedrich-Meinecke-Instituts mit der Hochschulgruppe Chaverim@FU, 25.01. 2024, 17-19 Uhr.

Initiative Weltoffenheit, Jerusalem Declaration on Antisemitism, Katechismusdebatte und Historikerstreit 2.0, Documenta 15, der 7. Oktober 2023, Antidiskriminierungsklausel, Wannsee-Konferenz 2.0. Ich weiß nicht, wie es Ihnen bei dieser Auflistung (die bestimmt unvollständig ist) geht, aber ich fange an zu ermüden, zumal ich vor drei Jahren, als ich meine Stelle am Haus der Wannsee-Konferenz angetreten habe, nicht damit gerechnet hätte, dass eine Diskursverschiebung in einem solchen Ausmaß möglich ist. Was meine ich mit Diskursverschiebung? Vielleicht würde es sich lohnen, vertiefend auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Debatten einzugehen, sich anzuschauen, welche Akteur:innen beispielsweise beteiligt sind, welche Themen in jeder dieser Debatten verhandelt werden, wie die Medienlandschaft und Politik sich jeweils verhält.

Dazu werde ich heute nicht kommen, allerdings sticht eine Gemeinsamkeit dramatisch hervor und diese Gemeinsamkeit würde ich als Störfaktor Holocaust bezeichnen. Denn in fast jeder dieser Debatten wird letztlich die Erinnerung an den Holocaust, nein, die Erinnerung an die Shoah, auf die ein oder andere Weise in Frage gestellt, ahistorische Bezüge und Parallelen zwischen dem Holocaust und aktuellen Ereignissen gezogen oder aber Antisemitismus in seiner Essenz als Angriff gegen Juden als Juden und gegen Israel als jüdischer Staat relativiert. Der 7. Oktober hat all dies auf dramatische Weise an die Oberfläche gespült, denn gerade, weil die für den israelisch-palästinensischen Konflikt in dieser Dimension präzedenzlosen Verbrechen der Hamas die Erinnerung an den Holocaust nahezu zwangsläufig evozieren, richten sich auch alle Relativierungen, Kontextualisierungen und erst recht die Leugnung der furchtbaren Verbrechen fundamental gegen die Akzeptanz einer spezifisch jüdischen Verfolgungserfahrung, die im Holocaust kulminierte. Das stellt nicht all die anderen Verfolgungserfahrungen von Betroffenen in Frage. Im Gegenteil. Diese Feststellung weist darauf hin, dass die unterschiedslose Universalisierung von Leid letztlich unfähig ist, spezifische Formen von Gewalt und Verfolgung wahrzunehmen, Empathie mit Betroffenen zu entwickeln und spezifische Bezüge zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen, die sich nicht in Trivialisierung, Relativierung oder Abwehr erschöpfen.

Bevor die neue Qualität des 7. Oktobers überhaupt richtig verstanden wurde, droht sie bereits dem Vergessen anheimzufallen, eine Entwicklung, die bereits am Tag nach den Grausamkeiten begann. Der Krieg im Nahen Osten, der fortgesetzte Raketenbeschuss auf Israel, die israelischen

Militärschläge und die Bodenoffensive gegen die Hamas in Gaza überlagern zunehmend das Erschrecken über die Gräueltaten vom 7. Oktober.

Zunächst war da das Schweigen. Die Autorin Carolin Emcke berichtete in der Süddeutschen Zeitung, die ungeheuerlichen Ereignisse hätten sie verstummen lassen. Erst einige Zeit später fand sie Worte, die aber überraschend schnell vom „Gemetzel jüdischen Lebens“ und dem „jüdischen Schmerz“ zum universellen „Stoff der Humanität“ überleiteten. In den sozialen Medien gab es kein Verstummen, nachdem die grausamen Videos und Fotos von Accounts der Hamas in die Welt verschickt worden waren. Einer der ersten Kommentare zu einem Post der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, die am 8. Oktober auf Instagram zur Solidarität mit Israel aufgerufen hatte, verschob bereits den Fokus: „und Solidarität mit Palästina gibt es nicht?“ Wenige Tage danach folgte der Vorwurf: „Etwas einseitig und ignorant, oder?“ Wie konnte es sein, dass die Bedeutung der am 7. Oktober begangenen Verbrechen nicht verstanden wurde? Wieso regte sich reflexhaft Einspruch gegen die Solidaritätsbekundung einer Gedenkstätte mit einem Land, dessen Bewohner Opfer grauenvoller, antisemitisch motivierter Massaker geworden waren? Die Kommentatorin erklärte auf Nachfrage unumwunden: „Ich beziehe mich auf die Tatsache, dass Israel in diesem Moment einen Völkermord in Palästina begeht, und wir zuschauen – sogar unterstützen. Ich finde es einfach furchtbar, dass ein historischer Ort, der sich mit Bildung befasst, einen so ignoranten Standpunkt einnehmen kann.“

Mittlerweile ist die Rede vom „Völkermord“, vom „Genozid“, ja vereinzelt sogar vom „Holocaust“ in Gaza zu einer viral verbreiteten Parole nicht nur in den sozialen Medien, sondern auch auf Kundgebungen, Zeitungsbeiträgen und durch die einseitige Anklage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof auch vor Gericht geworden. Es sind nicht ausschließlich junge Menschen, die diese Begriffe nutzen. Auch Wissenschaftler:innen und Forscher:innen, die sich zwar mit der Geschichte genozidaler Verbrechen beschäftigt haben, die die genozidale Gewalt des 7. Oktobers jedoch weitgehend ignorierten oder lediglich bekenntnishaft bedauerten, um sie dann im „Kontext“ des Nahostkonflikts verschwinden zu lassen.

Was sagt das über das Wissen über jüdische und deutsche Geschichte aus, über die vielbeschworenen Lehren aus dem Holocaust? Im Rahmen unserer Forschungs- und Vermittlungsarbeit suchen wir nach Mitteln und Wegen, die Spuren und Erfahrungen dessen, was vom israelischen Historiker Dan Diner einmal als Zivilisationsbruch beschrieben wurde, zu bewahren, zu vermitteln und ihre Bedeutung für unsere Gegenwart aufzuzeigen.

War diese Auseinandersetzung vielleicht nicht intensiv genug, wenn in sozialen Medien, Essays und auf Kundgebungen begriffslos von Völkermord und Genozid gesprochen wird? Was sagt es über den vielbeschworenen erinnerungskulturellen Konsens aus, wenn junge Menschen vor dem Auswärtigen Amt lautstark „Free Palestine from German guilt“ rufen?

Dieser Erinnerungskultur ist es anscheinend, trotz jahrzehntelanger Bemühungen, nicht gelungen, einen persönlichen Bezug zur Geschichte des Holocaust herzustellen, der doch eine

wichtige Vorbedingung für Empathiefähigkeit und historisches Urteilsvermögen wäre. Mir scheint, dass wir, also jene, denen die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Nachgeschichte des Holocaust wichtig ist, vor einem Berg von Dilemmata stehen, der uns und die bundesdeutsche Gesellschaft dazu herausfordert, die erinnerungskulturellen Ansätze angesichts des Schweigens, des Unverständnisses, der Abwehr und der Rechtfertigung des 7. Oktobers, angesichts von verstecktem und offenen Antisemitismus, angesichts einer wieder wachsenden Angst von in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden selbstkritisch zu hinterfragen.

Diese Selbstkritik ist nicht als Anklage gemeint und nicht als Abrechnung. Sie kann nicht durch Verbote ersetzt werden oder durch populistische Ankündigungen, die Förderung für Antisemitismusprävention auf den Prüfstand zu stellen. Im Gegenteil. Erinnerungskultur sollte in ihrem Kern immer selbstkritisch sein. Ist sie nicht dynamisch, offen und reflexiv, erstarrt sie zu einem bloßen symbolhaften Bekenntnis. Und das ist bereits ein zentrales Dilemma: Erinnerungskultur wird in Deutschland allzu oft als eine Bekenntniskultur wahrgenommen. Sie erschöpft sich in Apellen und sie endet meist bei der Forderung, man solle sich zur erinnerungskulturellen Verantwortung Deutschlands bekennen.

Aber reicht das aus? Kann ein Bekenntnis die Auseinandersetzung mit historischen Verbrechen ersetzen? Wenn Lernende das Gefühl haben, dass von vornherein feststeht, was sie über die Geschichte des Nationalsozialismus denken sollen, bauen sie keine emotionale Bindung zu dieser Geschichte auf. Das Interesse und die Neugierde am Thema, die laut Studien bei den Mitgliedern der jüngeren Generation, mit und ohne Migrationshintergrund, durchaus vorhanden sind, würden schnell schwinden, und damit auch die Voraussetzung für eine affektive Besetzung des Lernens und der Auseinandersetzung mit Geschichten über Verfolgung und Gewalterfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Die Forderung zum Bekenntnis, der Wunsch nach einer klaren Positionierung gegenüber der NS-Geschichte, sind oft hilflose Versuche, etwas moralisch Gutes zu bewirken, die aber im Kern daran scheitern, dass sie völlig abgelöst von den Erfahrungen und der Realität der Vermittlung in Schulen und Gedenkstätten geäußert werden. Dabei ist es egal, ob vermeintliche Jugendsünden uneinsichtiger Politiker oder junge Berliner mit palästinensischer Familiengeschichte adressiert werden. Gedenkstätten sind keine Orte der Katharsis. Sie sind Orte der Erfahrung und des Lernens, die von Trauer über Entsetzen bis zu Neugierde, Empathie und Engagement reichen können. Sie sind auch Orte der Irritation. Solche Erfahrungen kann aber nur machen, wer bereit ist, sich auf diese Orte und ihre erschütternde Ambivalenz einzulassen.

Das bedeutet auch einen gewissen Verlust von Kontrolle. Es lässt sich bei solch einer offenen und ehrlichen Beschäftigung mit Geschichte eben nicht immer genau sagen, welche individuellen Schlüsse daraus gezogen werden, und was als relevant erachtet wird. Studien haben beispielsweise gezeigt, dass Jugendliche ein großes Interesse daran haben, mehr über Täter und Täterschaft zu erfahren, gerade weil für sie die Geschichte des Nationalsozialismus wichtig für ein besseres Verständnis ihrer eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung ist. Das muss auch nicht im

Widerspruch stehen zur Empathie mit Betroffenen. Wie zentral das Verständnis für solche Strukturen ist, sehen wir im Hinblick auf Israel. Die Ideologie der Hamas und die Motivation derjenigen, die diese unvorstellbar grausamen Verbrechen begangen haben, wurden und werden weitgehend ausgeblendet. Da macht es keinen Unterschied, dass die Charta der Hamas unmissverständlich zum weltweiten Mord an Jüdinnen und Juden aufruft und bei einem Terroristen in Gaza ein mit handschriftlichen Notizen versehenes Exemplar von Hitlers „Mein Kampf“ gefunden wurde.

Das wiederum erschwert, die neue Qualität dieser Verbrechen und ihre Wirkung auf die israelische Gesellschaft zu verstehen. Stattdessen hat sich der Diskurs von der Hamas auf „die“ Palästinenser:innen verlagert, und dreht sich damit vor allem um Opfer des Krieges, wodurch das israelische Militär wiederum in die Rolle der Täter rutscht.

In der stark ritualisierten deutschen Erinnerungskultur, weniger in den Gedenkstätten, werden ebenfalls die NS-Täter auf verstörende Weise weitgehend ausgespart. Auch wenn Diskurse über deutsche Opfer heutzutage eher auf ein rechtes politisches Spektrum beschränkt sind, nimmt die offizielle Erinnerung fast ausschließlich die Betroffenen in den Blick, die allerdings vor allem als „Opfer“ vorgestellt werden. So wird oft verunmöglicht, dass Betroffene eine eigene Stimme bekommen, dass wir über Handlungsoptionen und Handlungsmacht in einem konkreten Gefüge von Entscheidungen sprechen, wie es in der Holocaustpädagogik heute meist geschieht. Außerdem werden so oft die Täter:innen ausgeblendet. Beides, Betroffenenperspektiven und Strukturen und Bedingungen von Täterschaft müssen aber in den Blick genommen werden, um die Geschichte des Holocaust zu verstehen und zu begreifen, was die Vergangenheit mit uns heute zu tun hat. Vielleicht könnten wir dann auch besser verstehen, was die Hamas Israel und der Welt am 7. Oktober mit ihrer Grausamkeit vermitteln wollte.

Manche meinen, die Erinnerungskultur diene dazu, Antisemitismus und Täterschaft nach außen zu delegieren, auf Marginalisierte abzuschieben, um sich selbst nicht in Frage stellen zu müssen. Die Rufe vor dem Auswärtigen Amt zeigen etwas anderes. Es gibt eine neue Form selbstbewusster Abwehr von Erinnerung in post-kolonialer Absicht. Erinnerungskultur wird dabei ausschließlich als vermeintliches Machtmittel wahrgenommen und bekämpft, welches sich gegen den sogenannten globalen Süden richte und dessen Stimmen ausschließe. Dabei könnte man auch die Perspektive umdrehen und in den Blick nehmen, wie der Antisemitismus von den Nationalsozialisten in den Nahen Osten exportiert wurde, und in welcher Weise die Geschichte des Holocaust auch die Länder Nordafrikas, Südosteuropas oder der arabischen Welt affiziert hat. Das alles bedeutet nicht, dass es nur eine, durch die Geschichte vermeintlich vorgegebene, Perspektive auf die Vergangenheit gibt. Multiperspektivisches an Handlungsoptionen und Entscheidungsmöglichkeiten orientiertes Lernen erlaubt unterschiedliche Bezüge und Umgangsweisen. Gerade bei Lernenden mit Verfolgungs- und Diskriminierungserfahrung bedeutet das, auch die emotionale Nähe zu Betroffenenperspektiven zuzulassen.

Die Rhetorik rund um den zumeist von rechter Seite beschworenen „Schuld kult“ der Deutschen scheint sich zunehmend gesellschaftsübergreifend breit zu machen und entsprechende Wirkung zu entfalten. Dies hatte sich bereits mit einem Text des australischen Genozid-Forschers A. Dirk Moses aus dem Jahr 2021 angedeutet, in dem er den Holocaust als das „heilige Trauma“ der Deutschen bezeichnete. Mit Blick auf die Ereignisse in Israel wird „den“ Deutschen nun ihre scheinbare bedingungslose Unterstützung Israels zum Vorwurf gemacht, die letztlich aus nicht verarbeiteten (und teilweise als zu Unrecht empfundenen) Schamgefühlen und einem schlechten Gewissen aufgrund der unzureichenden Konfrontation mit deutscher Täterschaft resultiere. Die mühsam erkämpfte Erinnerung an die Verbrechen des Holocaust versperre in dieser Wahrnehmung also nicht nur den Blick für andere Gewaltverbrechen in der Geschichte, sondern trübe auch das Urteil bei der Bewertung und Einschätzung aktueller Geschehnisse.

Natürlich gibt es Unterschiede in der Art, wie die Erinnerungskultur von rechter oder vermeintlich progressiver Seite kritisiert und angegriffen wird. Während im rechten Diskurs die Solidarisierung mit den Palästinenser:innen zum Zwecke der eigenen Erinnerungsabwehr instrumentalisiert und der Holocaust durch den Vergleich mit den vermeintlichen Untaten Israels relativiert und zumindest die deutsche Verantwortung dafür geleugnet werden soll, gilt der linken Erinnerungskritik der Holocaust als Störfaktor für eine ungebrochene Parteinahme für die Anliegen der Palästinenser:innen und eine entsprechend ungebremschte „Israelkritik“. Dieser Störfaktor wird auf verschiedene Weise bekämpft, entweder, indem die Bedeutung des Holocaust minimiert werden soll, beispielsweise durch die Infragestellung seines präzedenzlosen Charakters oder indem die Erinnerung an den Holocaust zu einer provinziellen Marotte der Deutschen, also eine neue Form des Nationalismus bzw. exkludierenden Rassismus, umgedeutet wird.

Ob nun die deutsche Verantwortung an den NS-Verbrechen geleugnet wird oder nicht, hinter dem Bedienen dieser Slogans steckt die Aufforderung, einen Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen. Dagegen hat die israelische Holocaustgedenkstätte Yad Vashem darauf aufmerksam gemacht, was „Nie wieder“ auch in Bezug auf die Bekämpfung des Antisemitismus bedeutet: „‘Nie Wieder‘ beginnt damit, dass man die historischen Fakten vermittelt.“ Dies ist also die Grundvoraussetzung, um an die Shoah zu erinnern und gleichzeitig zu fragen, in welchem Zusammenhang Vergangenheit und Gegenwart zueinanderstehen. Dem Umgang mit der Geschichte und der Erinnerung kommt hierbei also eine Schlüsselrolle zu.

Daraus folgt auch, mit Analogien und Vergleichen anders umzugehen. Die Tendenz, die Unvergleichbarkeit des Holocaust zu betonen, hat die Ereignisse mit einer Aura der Unantastbarkeit belegt, die eine irritierende Form der Ehrfurcht zur Folge zu haben scheint. In einem in der New York Review of Books Ende November veröffentlichten offenen Brief zum „Missbrauch der Erinnerung an den Holocaust“ warnen einschlägige Holocaust- und Antisemitismusforscher:innen davor, die aktuelle Krise in Israel und Gaza mit dem Holocaust in Bezug zu setzen. Dabei berufen sie sich ausschließlich auf durchaus problematische Instrumentalisierungen des Holocaust durch israelische oder US-amerikanische Politiker:innen.

Ausgespart bleiben allerdings diejenigen Analogien, die, wie der Protest vor dem Auswärtigen Amt gezeigt hat, der deutschen Erinnerungskultur eine Mitschuld am Leiden der Palästinenser:innen unterstellen. Das macht auch ein Anfang November an eine Wand in der Nähe einer im Novemberpogrom zerstörten Synagoge in Berlin-Schöneberg gesprühter Slogan: „Germany moves from guilt to guilt“. Dieser setzt die millionenfache Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden in Bezug zur heutigen deutschen Unterstützung Israels. Darin aber zeigt sich nicht nur ein substanzloser Vergleich, sondern auch eine Verharmlosung der Shoah, wenn nicht gar eine klassische Täter-Opfer-Umkehr, die Deutschland die Mitschuld an einem vermeintlichen neuen Völkermord unterstellt, was verdeutlicht, wie sehr solche Vergleiche durch Antisemitismus und die Relativierung des Holocaust motiviert sind. Hier herrscht ein merkwürdiges Ungleichgewicht im Urteil über die Angemessenheit des historischen Vergleichs.

Und doch ist nicht jede Bezugnahme grundsätzlich abzulehnen. Bezüge zwischen dem Hamas-Terror und dem Holocaust, wie in der New York Review of Books geschehen, per se als „intellektuelles und moralisches Versagen“ zu verurteilen, steht historischem Verstehen genauso im Weg, wie der Selbstermächtigung von Betroffenen gegenüber der NS-Geschichte und der Sensibilität für ihre individuelle Prägung durch Gewaltgeschichte. Gerade in der gegenwärtigen Situation ist es beispielsweise wichtig zu verstehen, dass sich für viele Jüdinnen und Juden angesichts des Erschreckens über die Ereignisse vom 7. Oktober Assoziationen zum Holocaust geradezu aufdrängen mussten. Darauf hat die israelische Holocaust- und Antisemitismusforscherin Dina Porat hingewiesen. Die durch die Bilder der Gräueltaten hervorgerufenen Assoziationen sind grundsätzlich anders zu sehen als die meist politisch motivierten Analogien und Gleichsetzungen, wie die problematische Rede von einem „Holocaust“ in Gaza, aber auch der Einsatz unpassender Symbolik wie im Fall des israelischen UN-Botschafters Gilad Erdan, der sich, auch zum Missfallen seiner eigenen Kollegen, aus Protest gegen die einseitige UN-Resolution gegen Israel einen gelben Stern mit den Worten „Nie wieder“ angesteckt hatte. Hier brauchen wir ein größeres Bewusstsein für die Form und den Kontext solcher Analogien, was aber auch ein gesichertes Wissen über die Geschichte des Holocaust voraussetzt.

Der 7. Oktober hat gezeigt, dass die Vergangenheit nicht vergangen ist. Gegenwartsbezüge sind notwendig, wenn wir die Relevanz der Vergangenheit an heutige Generationen vermitteln wollen. Darum geht diese Vermittlung nicht im Lernen von Fakten auf und kann nicht einfach durch den Besuch eines historischen Ortes ersetzt werden. Um zu verhindern, dass junge Menschen einen Begriff wie „Völkermord“ kontextlos verwenden, um Verständnis dafür zu schaffen, was wir durch die Auseinandersetzung mit dem Holocaust über heutige Gewaltverbrechen lernen können, um einen Begriff davon zu bekommen, was der von der Hamas praktizierte Vernichtungsantisemitismus impliziert, ist es neben historischem Wissen wichtig, emotionale Bindungen zur Auseinandersetzung mit NS-Geschichte zu entwickeln. Sie wird „unsere“ Geschichte nicht durch Betroffenheitsbekundungen und Bekenntnisse, sondern weil wir uns aktiv,

neugierig und fragend mit ihr auseinandersetzen. In Erinnerung bleiben die Momente, in denen wir selbst erkannt haben, dass diese Geschichte eine Geschichte hat und aus einer Fülle von Geschichten besteht, dass die Auseinandersetzung also nicht abgeschlossen ist und immer weitere Bezüge und Verknüpfungen zulässt.

Vielleicht haben wir uns aus Angst vor Überwältigung in der Beschäftigung mit NS-Geschichte zu lange vor Emotionen gefürchtet. Es geht dabei nicht um ein „Management der Gefühle“, sondern um bewusste Auseinandersetzung mit ihnen. Ansonsten können sie, wie jüngst bei Protesten auf den Straßen oder in aggressiven Posts in sozialen Medien, urplötzlich ausbrechen und wir werden von ihnen überrannt, so wie in der aktuellen Situation, in der wir uns fragen sollten, was die grausamen Verbrechen vom 7. Oktober für die Erinnerung an den Holocaust in Deutschland bedeuten.